



Hans-Joachim Otto MdB

Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main
Mitglied des Bundesvorstandes der FDP
Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien
des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

OTTO: Keine Gebührenerhöhung ohne strukturelle Reformen!

Frankfurt am Main, 22. Januar 2008

Der Frankfurter FDP-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, **Hans-Joachim Otto**, erklärt zur Gebühren-Empfehlung der Kommission zur Erfüllung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF): „Erneut bahnt sich eine Erhöhung der Rundfunkgebühren an, ohne dass die drängenden strukturellen Probleme des dualen Rundfunksystems angegangen werden. Noch immer gibt es keinen präzisen Funktionsauftrag für den öffentlichrechtlichen Rundfunk, der transparent macht, was genau die Anstalten mit dem Geld überhaupt leisten sollen und was nicht. Auch das völlig veraltete, unfaire und undurchschaubare Gebührensystem wird nicht reformiert. Statt dessen steigt die scheinbar automatische Gebührenspirale weiter an. Ich fordere die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf, die notwendigen Reformen am dualen Rundfunksystem einzuleiten. Andernfalls sind die ständigen Gebührenerhöhungen den Bürgern nicht zuzumuten und der Öffentlichkeit nicht vermittelbar.“

Auch die Landesparlamente seien dringend aufgerufen, strukturelle Reformen am dualen Rundfunksystem durchzusetzen, bevor sie erneute Mehrbelastungen für die Bürger beschließen. Ansonsten drohe dem Ansehen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein dauerhafter Schaden, so Otto. „Die gesellschaftliche Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems ist sowieso schon auf einen Tiefpunkt gelangt. Die FDP wird im Falle einer Regierungsbeteiligung in Hessen umgehend eine Reformierung des jetzigen Systems anpacken. Die komplette Abschaffung der GEZ und die Einführung einer monatlichen Medienabgabe pro Person in Höhe von ca. 10 Euro ist die richtige Lösung. Jeder Bürger, der über ein steuerpflichtiges Einkommen verfügt, würde dann die Abgabe zahlen. Das Finanzamt könnte die Abgabe direkt einziehen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten überweisen. Damit würden die Meldepflicht und auch das Schwarzsehen entfallen“, so Otto abschließend.

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Roland Philippi, Tel: 069/ 97160-204, Fax: 069/ 97160-222, Email: wahlkreis@hansjoachimotto.de

Christian Zeis, Tel: 06172/ 998452, Fax: 06172/ 998462, Email: zeis-pr@t-online.de

www.hans-joachim-otto.de